



## Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung  
**21. Juli 2021**, 16:30 Uhr bis 18.30 Uhr  
**öffentlich**  
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal  
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz  
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitslisten

Anwesende Mitglieder JHA :	31
Anwesende Mitglieder SozA:	14
Abwesende Mitglieder JHA:	6
Abwesende Mitglieder SozA:	8

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Herrn Ilja Gottwald (Polizei-präsidium Karlsruhe).

### Öffentlicher Teil:

#### **TOP 1      Kostenloser ÖPNV bis 25-jährige Inhaber\*innen des Karlsruher Kinderpasses und Karlsruher Passes**

mit Mitgliedern des Sozialausschusses

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal und teilt mit, dass zu Tagesordnungspunkt 1 zusätzlich die Mitglieder des Sozialausschusses eingeladen sind.

Er begrüßt *Frau Peitzmeier und Frau Kiefer, Stadtjugendausschuss* und übergibt das Wort zu TOP 1 an Frau Peitzmeier.

**Frau Peitzmeier (stja):** Der Haushaltsbeschluss zum kostenlosen ÖPNV von 6 bis 25 Jahren in Karlsruhe war ein starkes Statement der Politik, eine mutige Antwort auf die Anfragen verschiedener Initiativen wie „KAinTicket“, des Stadtjugendausschusses sowie der Jugendkonferenz. Die Verwaltung bekam den Auftrag, den Beschluss auf Umsetzbarkeit zu prüfen und Kosten zu berechnen. Das Ergebnis ist in der vorliegenden Beschlussvorlage dargestellt.

Es gibt drei wesentliche Argumente für die Ablehnung. Erstens: das Armutskonzept mit den Karlsruher Pässen beruht darauf, dass finanziell schlecht gestellte Menschen stigmatisierungsfrei als Kundinnen und Kunden an kostenpflichtigen Angeboten teilhaben können.

Der prozentuale Eigenanteil sorgt für ein „Soziales Gleichgewicht“ gegenüber den Menschen, die knapp über der Anspruchsgrenze für die Karlsruher Pässe liegen und für eine inklusive Teilhabegerechtigkeit. Dies würde bei einem kostenlosen Ticket aufgelöst werden sowie zu einer positiven Diskriminierung durch Bevorzugung führen. Zweitens liegen die geschätzten Kosten bei 5,9 Millionen Euro, also 3,8 Millionen mehr, als bisher für den ÖPNV ausgegeben werden. Nicht eingerechnet sind hierbei Kostensteigerungen. Und als Drittes wäre der unverhältnismäßig hohe Verwaltungsaufwand für die Passberechtigten, die Verwaltung beim KVV, dem Jobcenter und dem Stadtjugendausschuss zu nennen. Durch erhöhten Personal- und infolgedessen Raumbedarf beim Jobcenter, Stadtjugendausschuss und KVV würden weitere Mehrkosten entstehen. Die Bürokratie würde zusätzlich steigen, wenn die Stadt Zuschüsse durch BuT erhalten möchte.

Als Fazit empfiehlt die Verwaltung, das Thema kostenloser ÖPNV wieder dem Mobilitätskonzept für Karlsruhe zuzuordnen, für mehr Attraktivität, Kostensenkung oder bestenfalls für Kostenfreiheit für alle zu sorgen. Wir brauchen Klimaneutralität, höhere Lebensqualität und einen Wertewandel, der den Individualverkehr aus den Städten verbannt. Ein kostenloser ÖPNV für alle wäre daher wünschenswert.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD):** Die aktuellen finanziellen Herausforderungen werden von ihrer Fraktion gesehen. Die SPD-Fraktion hat nach intensiver Diskussion beschlossen, per Änderungsantrag einen kostenfreien ÖPNV für Kinder bis 18 Jahre erst ab 2023 zu stellen. Die SPD ist ein großer Fan des Karlsruher Passes und es ist richtig, dass eine Eigenbeteiligung vorgesehen ist. Sie glauben jedoch, dass eine schlüssige Begründung für den Verzicht der Eigenbeteiligung möglich wäre, die keine Diskriminierung der Bezieher bedeutet. Außerdem haben Antragstellende die Wahl, ob ein finanzieller Eigenanteil erbracht wird oder nicht. Es werden „Anspruchsberechtigte“ aus den Kindern und keine „Almosenbezieher“. Bemessungsgrundlagen sind immer gegeben, die Bezuschussung des Sozialtickets liegt bei 50 Prozent. Sie möchte wissen, wie die Verteilung der Bundesmittel BuT im Bezug auf den hohen Verwaltungsaufwand zu beurteilen ist. Teilhabe an Mobilität ist wichtig, man könnte eigentlich von einem „Grundrecht auf Mobilität“ sprechen. Es müsste im Detail geprüft werden, wie der Aufwand im Kundencenter bewältigt werden kann.

**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Derzeit ist nicht der richtige Augenblick für eine Beitragsbefreiung. Die räumliche und die soziale Mobilität kann man jedoch nicht trennen. Wenn beispielsweise Kinder bestimmte Angebote nicht wahrnehmen können, weil sie nicht die Möglichkeit haben, mit dem ÖPNV zum Angebotsort zu gelangen, dann ist ein Zusammenhang zwischen räumlicher und sozialer Mobilität gegeben. Derzeit ist jedoch das Anliegen nicht finanzierbar.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR):** Hier werden zwei verschiedene Systeme, Armutsbekämpfung und Mobilität, in ein Konzept gepackt, das kann nicht stimmen. Insgesamt muss man die Haushaltsrealität bewahren. Es wäre ungerecht, hier Mehrausgaben zu beschließen, während an vielen anderen Stellen gespart werden muss.

**Herr Topluggedik (stja):** Das Konzept des kostenlosen ÖPNV für Karlsruher Pass Inhaber/-innen bis 25 Jahre in der Jugendkonferenz vorzustellen, hat ihn stolz gemacht. Fahrkarten werden immer teurer, und Studierende haben Vorteile gegenüber Schüler/-innen und Azubis. Junge berufstätige Menschen mit geringem Einkommen müssen die steigenden Preise in vollem Umfang tragen. Er schlägt deshalb vor, das Konzept abzuändern, damit für alle Schüler/-innen, einschließlich Berufsschule, kostenlose Tickets angeboten werden. Um

Rentner nicht zu benachteiligen, könnte man diese ebenfalls einbinden. Das Geld für die Finanzierung könnte vielleicht anders aufgebracht werden, beispielsweise durch eine Erhöhung der Parkgebühren. Die Stadt wird attraktiver und umweltfreundlicher mit ÖPNV.

**Herr Stadtrat Bimmerle (Die LINKE.):** 2020 wurde der kostenfreie ÖPNV mehrheitlich beschlossen und entsprechend Mittel in den Haushalt eingestellt. Es erklärt sich nicht, warum der Gemeinderat damals zugestimmt hat und nun auf Grund der Haushaltslage nicht mehr. Damals war das bekannte Haushaltsdefizit sogar noch etwas höher als momentan. Dem Argument der Diskriminierung kann man mit einem höheren Bezuschussungs- oder einem ticketbasierten Modell für diese Personengruppe entgegenwirken. Hier geht es auch um Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit, auch wenn der vorherige Beschluss unter Sperrvermerk erfolgt ist. Die Unterstützung der Jugendlichen ist deutlich wichtiger als die der Rentner, denn diese Gruppe hat zumindest ein Einkommen, wenn möglicherweise auch nur ein geringes. Eine Alternative zum kostenfreien ÖPNV könnte eine Fahrkarte mit einem sehr geringen Eigenbeitrag für Jugendliche darstellen.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD):** Die heutige Vorlage bestätigt die Ablehnung seiner Fraktion im Jahr 2020. Auch wenn das Haushaltsdefizit derzeit etwas geringer sein mag, so gibt es nun doch deutlichere Auflagen des Regierungspräsidiums, und es bleibt ein immenses Defizit. Mobilität ist auch mit dem Fahrrad möglich. Eine Verbesserung könnte eine Veränderung der Tarifstruktur bringen: Die gegenüber Zeitkarten überproportionale Erhöhung der Preise für Einzeltickets trifft besonders Menschen mit geringem Einkommen.

**Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Das Tarifsystem ist nicht optimal. Dass beispielsweise 15-jährige Schüler/innen ein Erwachsenenticket lösen müssen, ist nicht gerechtfertigt. Es gibt insgesamt Veränderungsbedarf. Ihre Fraktion hatte damals bereits wegen der Haushaltslage gegen den kostenfreien ÖPNV gestimmt. Die CDU ist der Verwaltung dankbar, dass alle Auswirkungen sorgfältig untersucht wurden. Derzeit ist eine Realisierung nicht möglich, jedoch sollte die Entwicklung weiter im Auge behalten werden.

**Herr Stadtrat Høyem (FDP):** Die Mehrheit im Gemeinderat hat den damaligen Beschluss mit Begeisterung mitgetragen und in den Sozialen Medien kommuniziert. Gegenstimmen wurden nicht gehört. Seine Fraktion hat 2020 nicht aufgrund der Vorlage dagegen gestimmt, sondern wegen der Haushaltslage. Die Entscheidung der SPD, einen Änderungsantrag hierzu einzubringen, wertet er als Rückzug. Laut Frau Stadträtin Anlauf sei jetzt nicht die richtige Zeit, obwohl das Haushaltsdefizit geringer ist. So macht sich Politik unglaubwürdig. Seine Fraktion stimmt der Vorlage zu.

**Frau Frey (Stadtamt Durlach):** Viele Kinder müssen zur Schule fahren, das kostet die Familien viel Geld. In unserer Gesellschaft gibt es Menschen, die wenig oder kein Geld zur Verfügung haben. Aus diesem Grund kann man sich nicht hinter einem „hohen Verwaltungsaufwand“ oder „der Haushaltssituation“ verschanzen, sondern sollte lieber Lösungen suchen, das Anliegen umzusetzen.

**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Die Beschlussvorlage in 2020 wurde nicht im Sozial-/Jugendhilfeausschuss vorberaten. Dies ist sicher ein Grund für die vorherige Zustimmung. Doch nun sieht man durch die neue Vorlage vieles deutlicher. Außerdem wusste man im Herbst letzten Jahres nicht, wie hart die zweite Corona-Welle mit dem erneuten Lockdown zuschlagen würde und welche unglaublichen Kosten das mit sich zieht.

**Der Vorsitzende:** Der Karlsruhe Pass ist mit dem Sozialticket eine Errungenschaft und deutschlandweit eine Ausnahme. Für einen genehmigungsfähigen Haushalt sind noch erhebliche Millionenbeträge erforderlich. Insofern ist kein Spielraum für eine Ausweitung von Leistungen gegeben. Dieses Thema muss im Gemeinderat diskutiert werden.

**Herr Stadtrat Bimmerle (Die LINKE.):** Die Haushaltslage war bereits im Dezember 2020 bekannt. Dennoch fanden die Anträge auf Steuererhöhungen keine Mehrheit.

**Herr Barton (AWO):** Das ist eine Diskussion, die sich auf den Gemeinderat fokussiert. Er wird sich enthalten. So wie der Antrag formuliert ist, wird dieses wichtige Thema beendet, und das ist nicht angemessen. Die Beschlussvorlage ist eine Problemanalyse. Er wünscht sich eine Vorlage, die signalisiert, dass man sich auf den Weg macht, die Probleme zu lösen.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss und der Sozialausschuss empfehlen dem Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen, 7-Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen, auf den kostenfreien ÖPNV für Passinhaber\*innen von 6 – 25 Jahren zu verzichten.

## **TOP 2      Weiterentwicklung des Spiel- und Aktionsparks Otto-D.**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** begrüßt *Frau Rettenmaier, Karlsruher Fächer GmbH und Frau Peitzmeier, Stadtjugendausschuss*

**Frau Peitzmeier (stja):** Die Weiterentwicklung auf dem Gelände des Spiel- und Aktionspark Otto-D. wird weiterhin unter der Überschrift Beteiligung stehen: Ein Ort für viele Kinder und Jugendliche mit Bewegung, Zirkus, Spiel, Sport und Natur. Der Stadtjugendausschuss und auch alle beteiligten Jugendlichen und junge Erwachsene sind dankbar, dass die Stadtpolitik diesen Weg mitgegangen ist, um die Interessen an Naherholungsmöglichkeiten, das Anliegen des Umwelt- und Klimaschutzes sowie die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen miteinander zu vereinen. Das Projekt Otto-D. war von Anfang an ein Beteiligungsprojekt. Der Stadtjugendausschuss hat Plattformen und Foren geschaffen, auf denen sich die jungen Menschen beteiligen, Vorstellungen entwickeln und ihr Engagement einbringen konnten. Parallel gab es eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, um ein Konzept unter der Fragestellung Erholung, Klimaschutz, Parkkonzeption und Anliegen der Kinder und Jugendlichen zu erarbeiten. Der erste Bauabschnitt wird Anfang 2022 fertig gestellt. Die fabrikähnlichen Hallen strahlen einen Charme aus, was den Wunsch nach vollständigem Erhalt begründet. Zeitgleich war die Stadt mit der Fächer GmbH und dem Stadtjugendausschuss auf der Suche nach Ersatzräumen für das Fanprojekt. Dieses ebenfalls im Bereich Otto-D., parallel zu dem Kinderprogramm Zirkus anzusiedeln, war anfangs schwer vorstellbar. In einem Prozess des Kennenlernens und des Austauschs, der auch weiterhin stattfinden muss, fand eine Annäherung statt. Sowohl die Fan- wie auch die Bewegungsszene haben eine Verbindung unter der Überschrift „Beteiligung, Engagement und Verantwortung“ gefunden. Da sich im Rahmen des Prozesses die Möglichkeit eröffnet hat, einen größeren grünen Aktionspark mit allen Hallen zu erhalten,

möchten sich die Jugendlichen weiter mit der Umsetzung der verschiedenen Bereiche wie Parcours, BMX, Dirtbike oder Skaten und Fragen nach Klimaschutz und Nachhaltigkeit beschäftigen. Mitmachen, Mitsprechen, Mitbestimmen und Mitentscheiden sind die unterschiedlichen Beteiligungsstufen die sich in dem Projekt wiederfinden. Rollbrett e.V. ist ein eigenständiger Verein, der auf Augenhöhe mit dem Stadtjugendausschuss einen Mietvertrag abschließen wird und eigenständig seine Skate-Aktivitäten in der Halle durchführen wird. Die pädagogische Arbeit des Stadtjugendausschusses, die Jugendlichen darin zu unterstützen, selbständiger zu werden, Verantwortung zu übernehmen, gemeinschaftlich zu agieren und ihre Ideen umsetzen zu können, greift hier.

**Frau Rettenmeier (KFG):** Ich möchte auf drei Aspekte eingehen. Erstens: Es gab insgesamt elf Versuche, das Fanprojekt an einem neuen Standort unterzubringen. Dieser sollte in der Nähe des Stadions bleiben und einen ÖPNV-Anschluss bieten. Zehn andere Standorte wurden vorab geprüft, jedoch ist das Fanprojekt ein sozialer Treff, der keine „pingelige“ Nachbarschaft braucht, die sich möglicherweise über Bierflaschen oder ähnliches ärgern. Letztendlich sind wir mit dem Fanprojekt bei den RVS Hallen gelandet. Zweitens: Die Nutzung der Hallen haben wir unter das Motto „Putzen und Nutzen“ gestellt. Eine kostengünstige Umsetzung mit einfacher Ausstattung, Frostschutz, aber ohne Beheizung der Hallen sei angemessen. Es werden nur grobe bautechnisch notwendige Maßnahmen stattfinden, so dass sich die Gruppen die Räume noch aneignen können. Der Untergrund wird eine halbe Million Euro kosten ohne, dass man äußerlich erkennen kann, wofür das Geld eingesetzt wurde. Drittens: Der Park wird den Bewohnern nicht genommen, sondern ist als Spiel- und Aktionsfläche geplant, die sich in den Hallen fortsetzt. Dies soll Spiel und Aktion ermöglichen, eben nicht nur auf einer Picknickdecke sitzen. Wir haben das Projekt auf ein Mindestmaß der Kosten heruntergerechnet und sind jetzt in der Vorstufe zum Bauantrag. Wir hoffen auf Zustimmung zur Beschlussvorlage, da das Fanprojekt dringend umziehen muss und bereits während der Bauphase einziehen würde. Es wird ein Jahr für die Planung und ein Jahr für die Bauzeit kalkuliert. 2023 könnte der Baubeginn sein. Dieses Projekt wird auch noch in anderen Gremien des Gemeinderates beraten werden.

**Der Vorsitzende** freut sich, dass die Hallen als Angebot für die freie Sportszene entwickelt werden können.

**Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Die GRÜNEN stimmen dem Projekt natürlich zu. Es ist ein Beitrag gegen den Bewegungsmangel. Der Stadtjugendausschuss leistet tolle Kinder- und Jugendarbeit. Es wurden hierzu auch Kinder gehört, wie waren damals die Wünsche und können diese umgesetzt werden? Es soll ein zweites Geschoss eingebaut werden, wie sieht es diesbezüglich mit der Barrierefreiheit aus? Es ist auch von viel Glas die Rede, wie fühlen sich die Jugendlichen damit? Dass ein Kennenlernen mit dem Fanprojekt stattgefunden hat, ist gut.

**Frau Delgado (stja):** Das Projekt kann nur begrüßt werden. Wie warm wird es im Sommer in den Hallen werden? Es ist gut, dass auch Parcours integriert wurde. Dennoch sollte auch in der Nordstadt ein Ersatz für den Wegfall der Parcours-Halle auf dem NCO-Gelände gefunden werden.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR):** Es ist entscheidend, wie die Jugendlichen miteinander umgehen und das scheint hier gut zu gelingen. Die Lösung ist ein echter Glücksfall. Seine Fraktion stimmt zu.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD):** Bei den 4,2 Mio. Euro handelt es sich um eine einmalige finanzielle Investition für ein gutes und wichtiges Projekt. Können hierfür Sponsoren wie zum Beispiel Anbieter für Skaterbedarf, Sportfirmen oder KSC-Partner (Fanprojekt) gewonnen werden?

**Herr Stadtrat Høyem (FDP)** freut sich als Nachbar auf das Projekt, weist aber darauf hin, dass Anwohner und der Bürgerverein das Projekt ablehnen und eine weitergehende Entsiegelung des Parks wünschen.

**Frau Frey (Stadtamt Durlach)** freut sich über die Weiterentwicklung des Projektes und den Erhalt des Busdepotcharmes.

**Herr Stadtrat Bimmerle (Die LINKE.):** Heutzutage ist es nicht einfach, Flächen zuzuweisen. Einige Punkte müssten noch in anderen Gremien, beispielsweise im Planungsausschuss, erörtert werden.

**Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE):** In der Abwägung zwischen Entsiegelung und den Anliegen der Jugendlichen hat man sich für die Jugendlichen entschieden. Wenn eine Dachbegrünung nicht möglich ist, könnte man eventuell eine Photovoltaikanlage installieren.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD):** Es ist unglaublich, dass das Projektende bereits für 2023 geplant ist. Die Hallen für diesen Zweck zu nutzen begeistert viele und ist auch zweckdienlich. Beim Bürgerverein kann ergänzend für das Projekt geworben und die Begeisterung bei den Anwohnern geweckt werden.

**Frau Stadträtin Moser (SPD)** stimmt Frau Delgado zu, dass ein Ersatz für die Parcours-Halle und die Skateranlage beim NCO-Club benötigt wird.

**Frau Rettenmeier (KFG):** Tatsächlich ist nur das Erdgeschoss barrierefrei, denn ein Aufzug wäre zu teuer. Das Obergeschoss ist für die Bemalung der Fan-Transparente vorgesehen, wofür es ohnehin einer gewissen Mobilität bedarf. Es ist jedoch auch besprochen, diese Fläche bei Bedarf auch als Lagerplatz nutzen zu können. Das Industriepressglas ist ein grünlisches Glas, welches sehr stabil ist. Derzeit wird es in den Hallen im Sommer nicht sehr warm. Wenn sich viele Menschen in der Halle bewegen, kann es aber durchaus warm werden, dann muss man eben schwitzen. Es gibt Sponsorenkontakte, jedoch dienen diese ausschließlich für die Ausstattung. Hierzu existiert die klare Aussage, kein Geld für Räumlichkeiten zu sponsern. Der Kontakt zum Bürgerverein wird angestrebt und eine Einbeziehung von Wasser als Ersatz für den ursprünglich geplanten See geprüft. Eine Photovoltaikanlage ist geplant.

**Frau Peitzmeier (stja):** Kinder wurden nicht befragt, sondern die Jugendszene, die es vorwiegend betrifft. Kinder werden eher bei der Programmgestaltung oder bei kleineren Projekten beteiligt. Das Thema Nordstadt wurde auf der Jugendkonferenz angesprochen. Es wird nach einer Übergangslösung gesucht, insgesamt muss man jedoch abwarten, wie sich das Gebiet städtebaulich entwickelt.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss befürwortet  *einstimmig*  die Weiterentwicklung des Spiel- und Aktionsparks des Stadtjugendausschusses e. V. und das weitere Vorgehen.

### **TOP 3: Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Herr Metz (SJB):** Wir haben drei Kita-Projekte zur Aufnahme in die Bedarfsplanung. Es sind jeweils Ersatzneubauten bestehender Kitas mit Gruppenerweiterungen, die wegen der Bedarfslage in den Stadtteilen sinnvoll sind. Das erste Projekt ist ein Kita-Ersatzneubauprojekt der katholischen Kirche in der Weststadt. Die viergruppige Kindertagesstätte St. Lioba soll abgerissen werden. Im Sophien carrée entsteht unter der Bezeichnung „Bonifatiushaus“ ein Neubau mit Gemeinderäumen und einer fünfgruppigen Kita. Das neue Konzept sieht Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder unter drei Jahren vor, die es dort noch nicht gibt. Voraussichtliche Eröffnung ist im September 2023, und es werden dadurch in einer Krippengruppe 10 Plätze für Kinder unter 3 Jahren neu geschaffen.

Das zweite Projekt betrifft die städtische Kita Lußstraße in Durlach. Ein viergruppiger Ersatzneubau auf dem Geigersberg soll diese Einrichtung langfristig ersetzen. Zunächst wird nur die bestehende Ganztagesgruppe in den Neubau umziehen. Die zwei Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten bleiben im alten Gebäude, werden jedoch auf Dauer auslaufen. Durch den Neubau der Kita Geigersberg werden in zwei Krippengruppen 20 Plätze für Kinder unter 3 Jahren und in einer weiteren Gruppe 20 Plätze für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt neu geschaffen.

Das dritte Projekt ist in der Südstadt verortet. Auch hier haben wir einen Fehlbedarf an Plätzen. Die städtische Kita Sybelstraße ist neben zehn weiteren Kitas, die einzige städtische in der Südstadt. Sie hat sechs altersgemischte Gruppen, davon sind zwei seit 2017 in Container am Hanne-Landgraf-Platz ausgelagert. Die Stadtverwaltung hat Erweiterungsmöglichkeiten und Sanierungsbedarfe geprüft, mit dem Ergebnis eines achtgruppigen Ersatzneubaus am gleichen Standort als beste Lösung. Durch das Kita-Projekt werden in zwei Krippengruppen 20 Plätze für Kinder unter drei Jahren neu geschaffen.

**Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Es ist schön, dass die Versorgungsquote steigt. Bei der Kita Lioba steht, dass es während der Bauzeit nur drei Gruppen geben wird. Fallen hier Plätze weg oder vergrößern sich die Gruppen? Der Bürgerverein Knielingen sagt, dass die Versorgung dort dramatisch wäre. Besteht die Möglichkeit, die Container nach Fertigstellung des Neubaus weiterhin zu nutzen, um die Lage etwas zu entspannen?

**Der Vorsitzende:** Nächstes Jahr erscheint der neue Prognosebericht.

**Herr Metz (SJB):** Die Kita Lioba muss während der Bauzeit in Containern untergebracht werden. Dabei erfolgt befristet eine Reduktion um eine Gruppe. Die Frage zu den Containern in Knielingen wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantwortet.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Aufnahme von drei neuen Kita-Projekten mit 50 Plätzen für Kinder unter drei Jahren sowie 20 Plätzen für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel zu beschließen.

**TOP 4            SAFJ – Soziale Arbeit für Familie und Jugend e.V. – Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Herr Gleitz (SJB):** Es handelt sich hier um keinen ganz neuen Träger. Der Verein ist bereits seit 2010 tätig und hat im Oktober 2020 die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII beantragt. Der Vereinszweck ist die Förderung der Erziehung, die Förderung von Behinderten und die Förderung des Schutzes von Familien. Der Verein erfüllt alle Voraussetzungen, und die Verwaltung hat alle Formalien geprüft, einschließlich der örtlichen Zuständigkeit. Die Verwaltung empfiehlt daher die Anerkennung des Vereins als Träger der freien Jugendhilfe.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Anerkennung der SAFJ e.V. als Träger der freien Jugendhilfe  *einstimmig* zu.

**TOP 5:            Förderung der Chancengleichheit/Bildungsgerechtigkeit (BuT)**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Herr Klein (SJB):** Vorab gebe ich eine kurze Einführung, welche Leistungen das BuT umfasst: Der Kreis der Leistungsberechtigten sind Beziehende von Arbeitslosengeld II, SGB XII, Kinderzuschlag und Wohngeld sowie von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Leistungen wurden verbessert und umfassen beispielsweise Zuschüsse für Klassenfahrten, Schulbedarf, Lernförderung, Mittagsverpflegung und Teilhabeleistungen am sozialen Leben. Die Leistungen sind antragsabhängig, mit Ausnahme bei Arbeitslosengeld-II-Beziehenden. Die Förderung der Chancengleichheit/Bildungsgerechtigkeit wurde in den letzten beiden Jahren intensiv in den Schulen, den Kitas, der Wohngeldstelle, im Jugendfreizeit- und Bildungswerk und in den Vereinen beworben. Flyer wurden ausgelegt. In den Schulen sind die Sekretariate und die Schulsozialarbeit wichtige Multiplikatoren. Die Werbemöglichkeiten sind mittlerweile ausgereizt. Die Quote der Antragstellung ist in Karlsruhe vergleichsweise hoch, wie sich aus Gesprächen mit anderen Kommunen ergeben hat. In der Schülerbeförderung wird nun der volle Beitrag bezuschusst, so dass der Eigenanteil entfällt. Ergänzend zu TOP 1: Wir müssen die Leistungen mit dem Bund abrechnen. Was nicht verausgabt wird, kann nicht in das nächste Jahr übertragen werden. Wird das Budget nicht vollständig abgerufen, dann reduziert es sich für das nächste Jahr.

**Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Haben die anwesenden jungen Ausschussmitglieder selbst schon von BuT gehört und wenn ja, über welchen Kanal? Es ist bekannt, dass gute Arbeit in diesem Bereich geleistet wird.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD):** Eine Inanspruchnahme in Höhe von 58 Prozent macht mich betroffen. Ist kein Bedarf gegeben oder wird dieser anderweitig gedeckt oder liegt es möglicherweise an der Komplexität der Antragstellung? Müssen Anträge abgelehnt werden, weil sie nicht korrekt gestellt werden? Bezüglich der Werbung muss akzeptiert werden, dass nicht mehr unternommen werden kann.



**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR):** Es ist gut, dass die Lernförderung nicht mehr nur bei Versetzungsgefahr gewährt wird. Die Antragstellung könnte jedoch vereinfacht werden.

**Herr Koch (GKK):** Als Vater zweier Kinder habe ich selbst noch nie Informationen von den Schulsekretariaten erhalten. Vielleicht wäre es besser, an die Schulleitungen zu kommunizieren, die über Verteiler die Informationen zu BuT weitergeben könnten.

**Frau Knörr (Staatl. Schulamt Karlsruhe):** An ihrer Schule werden Anträge gestellt und bei Bedarf wird auch bei der Antragstellung geholfen. Der Antrag umfasst lediglich eine Din A 4 Seite und ist einfach gestaltet.

**Frau Delgado (stja):** Ich habe selbst noch nichts von BuT gehört, jedoch gehöre ich auch nicht zum anspruchsberechtigten Personenkreis. Vielleicht sollte man die Kindergärten auch darauf hinweisen, damit bei Schulbeginn die Eltern schon informiert sind. Sofern Eltern eine Antragstellung ablehnen, kann ein Jugendlicher nichts dagegen tun. Es kann niemand gezwungen werden, Anträge zu stellen.

**Herr Toplugedik (stja):** ich bin froh über dieses Angebot. Meine Lehrerin hatte mich darauf aufmerksam gemacht, und somit konnte ich davon profitieren. Es wäre besser, die Jugendlichen über moderne Medien einzubinden, beispielsweise über Instagram oder über den Arbeitskreis Karlsruher Schülervertreter (AKS). Es ist ein großes Problem, dass Kinder und Jugendliche nicht Bescheid wissen.

**Frau Frey (StA Durlach)** hat durch ihre Tätigkeit schon viele verschiedene Arten von Anträgen gestellt, doch der Antrag für BuT-Leistungen ist sehr simpel.

**Herr Dawid (stja):** Aus Erfahrung im Sportverein kann ich sagen, dass viele Eltern diese Möglichkeit der Unterstützung nicht kennen. Dort kann man sie gezielt ansprechen.

**Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Die Anträge sind wirklich einfach gestaltet und man kann diese auch gut im Netz finden. Vielleicht könnten Sprachbarrieren das Problem sein? In einfacher Sprache liegen bereits Anträge vor, man könnte diese auch in verschiedenen Sprachen anbieten.

**Der Vorsitzende:** Es gibt die Debatte, die Finanzmittel pauschal auszubezahlen. Eine Inanspruchnahme von 58 Prozent ist im Vergleich ein hoher Wert.

**Herr Klein (SJB):** Ich nehme die Hinweise gerne mit. Es ist jedoch zu bedenken, dass dem Anspruch auf BuT-Leistungen ein sozialer Status zu Grunde liegt. Man kann die Kinder nicht einfach fragen, ob die Eltern Arbeitslosengeld II oder andere staatlichen Leistungen beziehen, ohne sie in eine schwierige Situation zu bringen und im Klassenverband zu outen. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Lernförderung werden sehr großzügig ausgelegt. Die Verwaltung ist im Gespräch, wie die Informationen und Antragstellung barrierefrei und digital gestaltet werden können. Es wird an der Steigerung der Effizienz gearbeitet werden.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Leistungsverbesserungen im Starke-Familien-Gesetz zur Kenntnis.

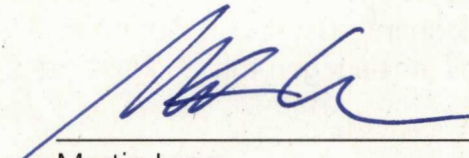
**Der Vorsitzende** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

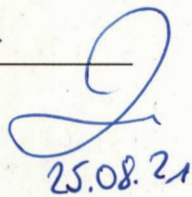
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 26. Juli 2021

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz  
Bürgermeister



25.08.21



Carmen Edler  
Schriftführerin